

Medienmitteilung der Plateforme sans-papiers Suisse, 13.03.2025

Ständerat winkt gefährlichen SVP-Angriff auf Grundrechte und Gesundheitsversorgung durch

Mit 33 Ja- zu 10 Nein-Stimmen wurde heute die Motion 24.3498/24.3059 im Ständerat angenommen. Die Plateforme sans-papiers Suisse ist entsetzt über dieses Ergebnis. Die systematische Erfassung und der Austausch personenbezogener Daten von Sans-Papiers stellt eine gravierende Verletzung grundlegender Rechte dar und gefährdet die öffentliche Gesundheit.

Drohende Verschärfung prekärer Lebensbedingungen

Aus Sicht der Plateforme sans-papiers Suisse ist diese Motion nicht umsetzbar. Sans-Papiers leben bereits heute unter prekären Bedingungen in der Schweiz. Die Motion wird nicht dazu führen, dass sie das Land verlassen. Im Gegenteil: Sie wird ihre Lage weiter verschlechtern. Ausserdem gibt es keine Dringlichkeit, die eine Annahme dieser Motion rechtfertigen würde. Entsprechend lehnt auch der Bundesrat die Motion ab und verweist auf den Bericht «Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers» von Ende 2020. Die darin enthaltenen Erkenntnisse sind nach wie vor gültig. Sollte die Motion trotz Verstoß gegen die Bundesverfassung, geltende Gesetze und internationale Menschenrechtsstandards umgesetzt werden, hätte dies verheerende Folgen – nicht nur für Sans-Papiers, sondern für die gesamte Schweizer Gesellschaft.

Kosten im Gesundheitssystem

Anna, die seit fünf Jahren mit ihrem Sohn in Basel wohnt, meint zum geforderten Datenaustausch: «Niemand wird sich mehr bei der Krankenkasse anmelden, weil wir Angst haben, dass unsere Informationen weitergegeben werden.» Wenn Sans-Papiers keine Krankenkassen mehr abschliessen können, führt dies dazu, dass Krankheiten unentdeckt bleiben, Kinder nicht mehr zur Schule gehen können und Schwangere keine angemessene Betreuung erhalten. Dies widerspricht den Grundprinzipien der Schweizer Gesundheitspolitik, die auf Prävention und frühzeitige Versorgung setzen, um hohe Folgekosten zu vermeiden.

Förderung von Schwarzarbeit und Menschenhandel

Sans-Papiers arbeiten in der Schweiz. Durch den Ausschluss aus den Sozialversicherungen steigt das Risiko ihrer Ausbeutung massiv. Arbeitgebende werden Sans-Papiers künftig nicht mehr bei den Sozialversicherungen anmelden, um Sanktionen zu vermeiden. Dadurch entstehen erheblichen Einnahmeausfälle für die Sozialversicherungen. Dies öffnet Tür und Tor für Schwarzarbeit und Menschenhandel.